

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stefan Ruppert, Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Oliver Luksic, Till Mansmann, Roman Müller-Böhm, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Aufklärung von Schülerinnen und Schülern über Antisemitismus und den Holocaust

Der 27. Januar 2019 ist der 74. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. Aktuelle Studien belegen, dass ein erheblicher Anteil der deutschen Bevölkerung wenig bis gar nichts über den Holocaust weiß. So zeigt eine CNN-Studie (https://edition.cnn.com/2018/11/28/europe/germany-anti-semitism-education-intl/index.html?utm_content=2018-11-28T07%3A30%3A12&utm_term=link&utm_source=fb&utm_medium=social&fbclid=IwAR2rkY1wAzmXdaZjxL-qtYnmgZhCr3oB8UaS4JfbtiyAAzWqRE43toO9620) vom 28. November 2018 zum Thema Antisemitismus in Europa, dass 40 Prozent der jungen Erwachsenen in Deutschland ein mangelndes Wissen über den Holocaust aufweisen. Eine europaweite Studie im Januar 2019 spricht den wachsenden Antisemitismus in Europa an. Nur 4 von 10 der Befragten sind der Meinung, dass das Thema „Holocaust“ ausreichend gut an Schulen unterrichtet wird (http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-19-542_en.htm). Die EU-Justizkommissarin Vera Jourová betont, dass Bildung nicht nur der Schlüssel zum Verständnis der Shoah und aber auch im Kampf gegen Antisemitismus ist (www.welt.de/politik/ausland/article187464106/Umfrage-Jeder-dritte-EU-Buerger-empfindet-wachsenden-Antisemitismus.html). Forderungen nach einer reformierten Wissensvermittlung in diesem Bereich werden immer lauter.

Das Digitale Zeitzeugen-Archiv des Cedis (Centers für Digitale Systeme) an der Freien Universität Berlin hat in einer Studie „Die universitäre Lehre über den Holocaust in Deutschland“ erforscht. Die im Januar 2018 veröffentlichte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Unterrichtsmethoden zum Thema Holocaust nur sehr schwach erforscht seien. In ihrem Fazit fordern die Wissenschaftlerinnen Nägele und Kahle eine „systematische Verbesserung“ des Lehramtsstudiums.

Viele angehende Lehrer betonten ihre Sorge über eine Übersättigung bei Schülerinnen und Schülern hinsichtlich des Unterrichtsthemas. Deshalb bestehe hier ein Bedürfnis „nach der Vermittlung eines soliden Basiswissens mit unterrichtspraktischen Bezügen zum Thema Holocaust“.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des Wissensstandes der deutschen Bevölkerung über den Holocaust?
2. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des Wissensstandes der deutschen Bevölkerung über Antisemitismus?
3. Welche Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen über den Holocaust plant die Bundesregierung in der aktuellen Legislaturperiode?
4. Welche Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen über Antisemitismus plant die Bundesregierung in der aktuellen Legislaturperiode?
5. Auf welcher Rechtsgrundlage kann der Bund zur Bekämpfung von Antisemitismus an Schulen beitragen?
6. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung um die Wissensvermittlung über den Holocaust durch die Bundesländer zu fördern?
7. Besteht nach Ansicht der Bundesregierung Bedarf für die Unterstützung von Schulen durch den Bund bei der Bekämpfung von Antisemitismus?
8. Welche Anlaufstellen auf Bundesebene haben Schulen für Unterstützung bei der Wissensvermittlung zum Holocaust bzw. zur Antisemitismusaufklärung?
9. Welche Maßnahmen ergreifen nach Kenntnis der Bundesregierung die Bundesländer gegen Antisemitismus an Schulen?
10. Anhand welcher Kriterien werden Vorfälle als antisemitisch eingestuft?
11. Welche Programme bzw. Initiativen existieren nach Kenntnis der Bundesregierung, um Schülerinnen und Schülern
 - a) in der Mittelstufe bzw. Sekundarstufe 1 und
 - b) in der Oberstufe bzw. Sekundarstufe 2 das Thema Holocaust näherzubringen?
12. Welche Programme bzw. Initiativen existieren nach Kenntnis der Bundesregierung, um Schülerinnen und Schülern
 - a. in der Mittelstufe bzw. Sekundarstufe 1 und
 - b) in der Oberstufe bzw. Sekundarstufe 2 über das Thema Antisemitismus aufzuklären?
13. Welche Programme bzw. Initiativen existieren nach Kenntnis der Bundesregierung in der
 - a. Lehramtsausbildung und
 - b) Lehrerweiterbildung zur Wissensvermittlung über den Holocaust?
14. Welche Programme bzw. Initiativen existieren nach Kenntnis der Bundesregierung in der
 - a. Lehramtsausbildung und
 - b) Lehrerweiterbildung zum Thema Antisemitismus und dessen Prävention?
15. Welche der Programme bzw. Initiativen aus Frage 11, 12, 13 und 14 sind Bundesprogramme?

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

16. Plant die Bundesregierung fachübergreifende Qualifikationsprogramme für Lehrerinnen und Lehrer, neben Maßnahmen der zuständigen Bundesländer, um die Wissensvermittlung über den Holocaust zu fördern?
17. Plant die Bundesregierung fachübergreifende Qualifikationsprogramme für Lehrerinnen und Lehrer, neben Maßnahmen der zuständigen Bundesländer, um die Wissensvermittlung über die Prävention von Antisemitismus zu fördern?
18. Welche Programme bzw. Initiativen werden von der Bundeszentrale für politische Bildung angeboten, um Schülerinnen und Schülern das Thema Holocaust näherzubringen?
19. Welche Programme bzw. Initiativen werden von der Bundeszentrale für politische Bildung angeboten, um Schülerinnen und Schülern das Thema Antisemitismus und dessen Prävention näherzubringen?
20. Welche Mittel werden für die Programme bzw. Initiativen aus Frage 18 und 19 zur Verfügung gestellt?

Berlin, den 30. Januar 2019

Christian Lindner und Fraktion

